

Misstrauensantrag gegen die Regierung

Die Opposition unter der Führung der Fretilin hat am 12. Oktober 2009 einen Misstrauensantrag gegen die amtierende Regierung Gusmao gestellt. Dieser wurde vom Parlament mit 39 zu 25 Stimmen nach einer langen Debatte, die auch im Fernsehen übertragen wurde, abgelehnt. Andernfalls wären möglicherweise vorgezogene Neuwahlen angesetzt worden. Grund für den Misstrauensantrag war die von Premierminister Gusmao veranlasste Freilassung des Milizenführers Martenus Bere, der wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit angeklagt ist. Er soll die Ermordung von Frauen, Kindern und Priestern im sogenannten Suai-Massaker 1999 angeordnet haben. Nun hält er sich in der indonesischen Botschaft auf. Martenus Bere, indonesischer Staatsbürger, war erst im August 2009 nach seiner Einreise in Osttimor festgenommen worden und weniger als einen Monat später freigelassen worden, obwohl bei den UN eine Anklage gegen ihn besteht. Die Freilassung sei politisch notwendig gewesen, damit osttimoresische Studenten in Indonesien keine Probleme bekommen; ein Verfahren gegen ihn hätte die Beziehungen zu Indonesien nicht verbessert, so die Argumente von Parlamentariern der Regierungskoalition. Neben der Fretilin, die in dieser Handlung einen Gesetzesbruch durch die Regierung sieht, wird die Freilassung auch durch die Vereinten Nationen sowie Menschenrechtsgruppen wie Amnesty International kritisiert. Der Oberste Gerichtshof hat eine Untersuchung veranlasst.

vgl. AFP 13.10.09, AP 12.10.09

Kampf gegen Malaria

Um den Kampf gegen Malaria zu verstärken, wurden im Malaria-Kontrollprogramm zusätzlich 62 Personen eingestellt. Die neuen Mitarbeiter haben ein intensives mehrmonatiges Training durchlaufen, in dem sie lernten, wie Malaria übertragen wird, wie man sie diagnostiziert und behandelt. »Jetzt sind wir zuversichtlicher, dass ... wir die grundlegenden

Mittel haben, um ein effektives Kontrollprogramm zu realisieren«, so der Gesundheitsminister Dr. Nelson Martin. Unterstützt wird die osttimoresische Regierung in ihren Bemühungen zur Malariabekämpfung von der Weltgesundheitsorganisation. Jährlich gibt es in Osttimor mehr als 100.000 offizielle Malariafälle.

vgl. WHO Timor Leste, 20.10.09

Anti-Burma, pro-Kuba

Präsident Jose Ramos Horta hat die Vereinten Nationen aufgerufen, ein Waffenembargo gegen Burma zu verhängen. Hiermit ist Osttimor der insgesamt 32. und der erste asiatische Staat, der das Embargo unterstützt. Mit Kuba stellt sich das Land dagegen besser. So hat Osttimor im September 2009 schriftlich ein En-

de der von den USA eingeleiteten Wirtschaftsblockade gegen Kuba gefordert. Kuba unterstützt Osttimor in verschiedenen Bereichen, beispielsweise im Kampf gegen Analphabetisierung und im Gesundheitswesen.

vgl. Burma Campaign UK, 13.10.09; CAN 9.9.09

Studie zum Klimawandel

Auch in Osttimor macht sich der Klimawandel durch Wetterschwankungen und daraus resultierenden Ernteausfällen und Wasserknappheit bemerkbar. Untersuchungen und Vergleichsdaten aus der Zeit indonesischer Herrschaft fehlen. Um hier Licht ins Dunkel zu bringen und zu verstehen, welche Auswirkungen der Klimawandel auf die Gesellschaft in Osttimor hat, hat die Regierung eine Studie in Auftrag gegeben. Diese soll Grundlage für die Entwicklung eines Aktionsplans werden, um Gesellschaft und Wirtschaft an den Klimawandel anzupassen. Zum Klimaschutz hat Osttimor bereits verschiedene Umweltkonventionen wie beispielsweise das Kyoto-Protokoll unterzeichnet.

Rund 40 % der Bevölkerung Osttimors leben unter der Armutsgrenze, drei Viertel in ländlichen Regionen, die meisten hiervon leben von Subsistenzwirtschaft. Wetterschwankungen und v. a. Unregelmäßigkeiten in den Regenfällen haben in den letzten Jahren bereits zu massiven Ernteausfällen geführt.

vgl. IPS 20.10.09

Manöver mit den USA

Vom 14. bis 24. Oktober 2009 fanden in Osttimor Militärübungen mit den USA statt, die mit Ankunft der *USS Bonhomme Richard*, einem amerikanischen Kriegsschiff, begannen. Die Manöver fanden gemeinsam mit 2.500 US- und australischen Truppen statt. Ziel war es, die Fähigkeiten der osttimoresischen Streitkräfte v. a. im Bereich moderner Technik und humanitärer Hilfe zu verbessern. Die gemeinsamen Manöver bestanden unter anderem aus Trainings im Urwald und in Städten sowie Ingenieur- und medizinischen Projekten.

vgl. dpa 14.10.09

Ozon-Vertrag

Am 14.10.2009 hat die osttimoresische Regierung einen UN-Vertrag zum Schutz der Ozonschicht, das Montreal-Protokoll, unterschrieben, das nun von allen Mitgliedsstaaten unterzeichnet und damit ratifiziert ist. Ziel ist die Abschaffung von die Ozonschicht schädigenden Stoffen.

vgl. Reuters 15.9.09